



Der Präsident

per Email an finanzausschuss@bundestag.de

Frau
Christine Scheel, MdB
Vorsitzende des Finanzausschusses
des Deutschen Bundestags
Platz der Republik 1

10117 Berlin

12. Januar 2005
Az.: 21-15-01/05 – S 02
Pi/JH

Öffentliche Anhörung zu dem Antrag der Fraktion CDU/CSU „Ein modernes Steuerrecht für Deutschland – Konzept 21“ (Drucksache 15/2745) und dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP „Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer neuen Einkommensteuer und zur Abschaffung der Gewerbesteuer“ (Drucksache 15/2349)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den oben genannten Reformvorschlägen. Der DStV vertritt bereits seit geraumer Zeit die Ansicht, dass grundlegende Reformen unaufschiebbar sind, und dass das politische Taktieren durch problembezogenes Handeln abgelöst werden muss. Die Bundesregierung hat dazu in den letzten Jahren sinnvolle Schritte unternommen, eine grundlegende Reform des Steuersystems steht jedoch noch immer aus. Daher ist es um so bedenklicher, dass nun im Hinblick auf die Bundestagswahl 2006 der Reformprozess zum Erliegen gekommen ist. Die vorliegenden Reformvorschläge von CDU und FDP sind hier als neuer Anstoß der Reformdiskussion ausdrücklich zu begrüßen.

Allerdings beschränken sich beide Vorschläge im Wesentlichen auf die Reform des Einkommensteuerrechts. Vordringlicher ist jedoch eine Reform des Unternehmensteuerrechts, um die deutschen Unternehmen und den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen.



In diese Richtung gehen zumindest die Vorschläge beider Parteien, die Gewerbesteuer zu reformieren. Der DStV unterstützt dieses Anliegen ausdrücklich und spricht sich ebenfalls für die Schaffung einer anderen Finanzierungsform für die Gemeinden aus.

Ebenfalls zu begrüßen ist die in beiden Entwürfen vorgesehene Einführung einer Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte und Veräußerungsgewinne. Verbunden mit moderaten Steuersätzen führt diese anonymisierte Form der Steuererhebung zu größerer Akzeptanz bei den Kapitalanlegern, die das zu Grunde liegende Vermögen in der Regel bereits mindestens einmal versteuert haben. Außerdem würden mit relativ einfachen Mitteln stabile Steuereinnahmen erreicht und die Gefahr der Steuerhinterziehung verringert werden. Eine Abgeltungssteuer wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Vereinfachung des Steuerrechts und zur Eindämmung der Kapitalflucht ins Ausland. Der Gesetzgeber setzt damit einen Anreiz, bereits flüchtiges Kapital aus dem Ausland zurückzuführen. Ein Grund für die hinter den Erwartungen zurückbleibende Akzeptanz der Steueramnestie ist nämlich die Unsicherheit, wie Kapitaleinkünfte künftig in Deutschland besteuert werden. Planungssicherheit ist hier erste Voraussetzung, damit Kapitalflüchtige ihr Geld wieder in Deutschland anlegen.

Positiv hervorzuheben ist auch der Vorschlag der CDU-Fraktion, die Unternehmensnachfolge durch Modifikation der Erbschaftsteuer zu erleichtern. Mittelständischen Unternehmern muss die Möglichkeit gegeben werden, ihr Unternehmen auf die nächste Generation übergeben zu können, ohne dass Steuerbelastungen die Existenz des Unternehmens gefährden. Die vorgeschlagene Regelung, dass die Steuerbelastung sich mit jedem Jahr der Betriebsfortführung reduziert, wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Der DStV appelliert an alle politisch Verantwortlichen, gemeinsam über die ideologischen Grenzen hinweg an der dringend erforderlichen, umfassenden Reformierung des Steuerrechts mitzuwirken. Wir können es uns nicht leisten, mit einer Steuerreform bis nach der Bundestagswahl 2006 zu warten. Wir müssen sofort und ernsthaft über die Umsetzbarkeit der Modelle diskutieren. Dabei dürfen diese nicht vorschnell als nicht finanzierbar abgekanzelt werden.



In jedem Fall müssen kurzfristig erste Schritte zur Vereinfachung des Steuersystems und zur Entlastung insbesondere der Unternehmen gemeinsam unternommen werden.

Der DStV erklärt sich ausdrücklich bereit, diese Entwicklung im Rahmen von Stellungnahmen, Anhörungen, Stellungnahmen und anderen Diskussionen zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

StB/vBP Jürgen Pinne

(Präsident)